

Berlin, 12. Dezember 2005

OFFENE FRAGEN

an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
des Deutschen Bundestages

Wir engagieren uns als Bürgerinnen und Bürger für den Aufschub des Abrisses des Palastes der Republik, weil uns das Ansehen Deutschlands in der Welt und die kulturell und stadtplanerisch sinnvolle und zukunftsorientierte Nutzung der Spreeinsel wichtig sind.

Zur Realisierbarkeit des Nachfolgeprojektes liegt seit August die vom Bundesbauministerium und vom Berliner Senat in Auftrag gegebene „immobilienökonomische Machbarkeitsstudie zum Neuaufbau des Schlossareals Berlin“ vor, welche die Risiken dieses Projektes dokumentiert, von den Auftraggebern aber leider bisher unter Verschluss gehalten wird. Wir möchten Ihnen die Studie hiermit zur Verfügung stellen, damit Sie sich ein objektives Bild von den der veränderten Sachlage machen können.

Wir hinterfragen nicht das vom 14. Deutschen Bundestag empfohlene und vom 15. Deutschen Bundestag unterstützte Konzept des Humboldt-Forums, doch wir halten dieses unter anderem aufgrund der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für nicht realisierbar.

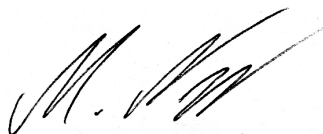
Die wichtigsten Erkenntnisse aus der Studie sind:

- zu erwartende Gesamtkosten inkl. Finanzierungskosten von bis zu 1,2 Milliarden € (40 Millionen € jährlich über einen Zeitraum von 30 Jahren)
- Reduzierung der zu realisierenden öffentlichen Nutzfläche gegenüber den ursprünglichen Erwartungen um die Hälfte
- weitere bisher ungeklärte Probleme und Kosten durch:
 - Risiken des Baugrundes (vgl. aktuelle Probleme beim Bau der Akademie der Künste und der U55 am Pariser Platz)
 - Kosten für Erschließung des Geländes und Ausstattung des Neubaus
 - völlig ungeklärte Kostenaufteilung zwischen dem Bund und dem Land Berlin

Bevor mit dem Abriss vollendete Tatsachen geschaffen werden, ist deshalb eine erneute und realistische Prüfung der Sachlage erforderlich! Andernfalls droht nach dem Abriss über viele Jahre hinweg eine Brache und am Ende vielleicht die Notlösung eines kommerziell genutzten Neubaus!

Laut einer im Januar 2005 durchgeführten repräsentativen Umfrage von Emnid im Auftrag der Tageszeitung „Die Welt“ ist übrigens eine Mehrheit von 59% der Bürger gegen den sofortigen Abriss. Auch in Anbetracht der gleichzeitig von der öffentlichen Hand zu vertretenden Einsparungen in fast allen Bereichen erscheint es uns deshalb unverantwortlich, unter Missachtung der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung an der bisherigen Planung festzuhalten.

Stellvertretend für das Bündnis für den Palast



Matthis Nägele
Architekt



Jörg M. Schindler
Rechtsstudent

Berlin, 12. Dezember 2005

OFFENE FRAGEN

an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages

Wir engagieren uns als Bürgerinnen und Bürger für den Aufschub des Abrisses des Palastes der Republik, weil uns das Ansehen Deutschlands in der Welt und die kulturell und stadtplanerisch sinnvolle und zukunftsorientierte Nutzung der Spreeinsel wichtig sind.

Zur Realisierbarkeit des Nachfolgeprojektes liegt seit August die vom Bundesbauministerium und vom Berliner Senat in Auftrag gegebene „immobilienökonomische Machbarkeitsstudie zum Neuaufbau des Schlossareals Berlin“ vor, welche die Risiken dieses Projektes dokumentiert, von den Auftraggebern aber leider bisher unter Verschluss gehalten wird. Wir möchten Ihnen die Studie hiermit zur Verfügung stellen, damit Sie sich ein objektives Bild von den der veränderten Sachlage machen können.

Wir hinterfragen nicht das vom 14. Deutschen Bundestag empfohlene und vom 15. Deutschen Bundestag unterstützte Konzept des Humboldt-Forums, doch wir halten dieses unter anderem aufgrund der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für nicht realisierbar.

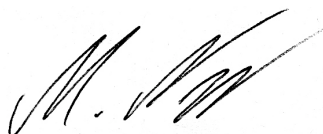
Die wichtigsten Erkenntnisse aus der Studie sind:

- zu erwartende Gesamtkosten inkl. Finanzierungskosten von bis zu 1,2 Milliarden € (40 Millionen € jährlich über einen Zeitraum von 30 Jahren)
- Reduzierung der zu realisierenden öffentlichen Nutzfläche gegenüber den ursprünglichen Erwartungen um die Hälfte
- weitere bisher ungeklärte Probleme und Kosten durch:
 - Risiken des Baugrundes (vgl. aktuelle Probleme beim Bau der Akademie der Künste und der U55 am Pariser Platz)
 - Kosten für Erschließung des Geländes und Ausstattung des Neubaus
 - völlig ungeklärte Kostenaufteilung zwischen dem Bund und dem Land Berlin

Bevor mit dem Abriss vollendete Tatsachen geschaffen werden, ist deshalb eine erneute und realistische Prüfung der Sachlage erforderlich! Andernfalls droht nach dem Abriss über viele Jahre hinweg eine Brache und am Ende vielleicht die Notlösung eines kommerziell genutzten Neubaus!

Laut einer im Januar 2005 durchgeführten repräsentativen Umfrage von Emnid im Auftrag der Tageszeitung „Die Welt“ ist übrigens eine Mehrheit von 59% der Bürger gegen den sofortigen Abriss. Auch in Anbetracht der gleichzeitig von der öffentlichen Hand zu vertretenden Einsparungen in fast allen Bereichen erscheint es uns deshalb unverantwortlich, unter Missachtung der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung an der bisherigen Planung festzuhalten.

Stellvertretend für das Bündnis für den Palast



Matthis Nägele
Architekt



Jörg M. Schindler
Rechtsstudent

Berlin, 12. Dezember 2005

OFFENE FRAGEN

an den Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages

Wir engagieren uns als Bürgerinnen und Bürger, die übrigens größtenteils nach der Wende aufgewachsen sind, für den Aufschub des Abrisses des Palastes der Republik, weil uns die kulturelle Nutzung der Spreeinsel und das Ansehen Deutschlands in der Welt wichtig sind.

Mit diesem Brief erhalten sie von uns die „immobilienökonomische Machbarkeitsstudie zum Neuaufbau des Schlossareals Berlin“, die die Ihnen das Bundesbauministerium bis heute als Entscheidungsgrundlage vorenthält.

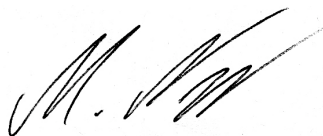
Wir hinterfragen nicht das vom 14. Deutschen Bundestag empfohlene und vom 15. Deutschen Bundestag unterstützte Konzept des Humboldt-Forums, doch wir halten dieses unter anderem aufgrund der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für nicht realisierbar.

Bitte berücksichtigen Sie bei Ihrer Entscheidung folgende Fragen:

- Wie ist es zu bewerten, dass die Mitglieder der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ sich überwiegend gegen den Abriss des „Palastes der Republik“ zum jetzigen Zeitpunkt aussprechen? (siehe hierzu Pressemeldung der Akademie der Künste als Anlage)
- Hinsichtlich des Nutzungskonzeptes: Wie ist zu bewerten, dass die Empfehlungen der Expertenkommission einen Flächenbedarf für öffentliche Nutzungen von 100.000 qm voraussetzen (siehe Empfehlungen, S. 18; Materialien, S. 82), während die Machbarkeitsstudie diesbezüglich nur noch von einer realisierbaren Nutzfläche von ~ 50.000 qm (siehe dort S. 53 f.) ausgeht?
- Hat die international auf große positive Resonanz gestoßene Zwischennutzung des „Palastes der Republik“ (Dokumentation beiliegend) nicht zumindest aus kulturpolitischer Sicht einen neuen Gesichtspunkt ergeben? Wie fällt die Beispielbarkeit schon des Rohbaus für die Bewertung der Erhaltungswürdigkeit und des Zukunftspotenzials des Vorhandenen ins Gewicht?
- Die immobilienökonomische Machbarkeitsstudie zur Wiedererrichtung des Berliner Schlosses weist nach Ansicht der Ersteller das Fehlen für die Realisierung wesentlicher Planungsschritte aus, so dass eine zeitnahe Realisierbarkeit nicht gegeben ist und eine abschließende Kostenschätzung noch nicht vorliegt.
- Droht er Ort, der in seiner heutigen Form schon aus sich heraus einen kulturellen (insbesondere denkmalschützerischen) Eigenwert hat, wegen fehlender Finanzierungszusagen dauerhaft in Form einer Wiese kulturell zu verweisen? Besteht die Gefahr, dass am Ende eine notwendige private Finanzierung des Neubaus das Konzept des Humboldt-Forums im Sinne einer weiteren Flächenreduzierung untergräbt?

Wir fordern Sie auf, die allgemein geteilte Vision, dass die Spreeinsel ein international beachteter Schauplatz von Kultur sein soll, nicht einer Strategie zugunsten des einen oder anderen baulichen Konzepts zu opfern!

Stellvertretend für das Bündnis für den Palast



Matthias Nägele
Architekt



Jörg M. Schindler
Rechtsstudent